



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Margit Wild, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Martina Fehlner, Inge Aures, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann SPD**

Medienkonzentration in Ungarn – Pluralismus unter Druck

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag sieht mit Sorge die bevorstehende Abschaltung des regierungskritischen Klubradios als letzte unabhängige Radioanstalt in Ungarns Medienlandschaft und teilt die Einschätzung des Europarats, dass regierungsnahen Organe die Kontrolle über den ungarischen Informationsmarkt übernehmen und die Zahl der unabhängigen Medien in Ungarn zielgerichtet senken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- ihre durch die langjährige Parteienfreundschaft von CSU und Fidesz begründeten ausgezeichneten Kontakte zum Franz-Josef-Strauß-Preisträger Victor Orbán in geeigneter Weise zu nutzen, die Attacken der ungarischen Exekutive auf die unabhängigen Medien zu kritisieren und auf die Wahrung von EU-Grundwerten zu pochen,

und sich in geeigneter Weise dafür einzusetzen,

- dass die EU-Kommission als Hüterin der europäischen Verträge die Verletzung von europäischem Recht durch die Aussetzung oder Kürzung von EU-Mitteln sanktioniert.

Begründung:

Im Februar 2021 läuft die Betriebsgenehmigung des vor mehr als 20 Jahre gegründeten Klubradios in Ungarn aus. Der staatliche Medienrat in Budapest, der über die Frequenzvergabe entscheidet, hat die automatische Verlängerung der Sendelizenz des Klubradios abgelehnt.

Der Medienrat ist ausschließlich mit Fidesz-Parteimitgliedern des rechtsnationalen Ministerpräsidenten Viktor Orbán besetzt. Die Abschaltung des analogen Betriebs des Klubradios am 14.2.2021 war eine weitere Maßnahme der Orbán-Regierung, die das Medienrecht mit ihrer Zweidrittelmehrheit gegen den Willen der Opposition nach und nach verändert hat, um die Pressefreiheit einzuschränken und regierungskritische Medien zum Schweigen zu bringen.

Seit etwa zehn Jahren werden die öffentlich-rechtlichen Medien auf Betreiben von Orbán zu Propagandaorganen umgebaut. Die öffentlich-rechtlichen Strukturen stehen seither nur noch auf dem Papier. Die große Mehrheit der privaten Medien befindet sich bereits im Besitz einer Stiftung, die Orbán nahesteht. Vor zwei Jahren wurden 476 Medienunternehmen zu einer Stiftung zusammengeschlossen, die von der Regierung kontrolliert wird.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Prinzipien von Medienfreiheit und Pluralismus sind in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sowie in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert. Die Unabhängigkeit und Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten sind wesentliche Bestandteile des Rechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit und für die Demokratie in der Europäischen Union (EU) von zentraler Bedeutung.